

Kohlstruck, Tobias

Research Report

Rahmenordnung statt Mikromanagement - die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

Positionspapiere, No. 13

Provided in Cooperation with:

Stiftung Marktwirtschaft / The Market Economy Foundation, Berlin

Suggested Citation: Kohlstruck, Tobias (2024) : Rahmenordnung statt Mikromanagement - die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft, Positionspapiere, No. 13, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/302569>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

POSITIONSPAPIER

Nr. 13 | Juli 2024

Rahmenordnung statt Mikro- management – die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

Tobias Kohlstruck



Position der Stiftung Marktwirtschaft:

- Die Vorstellung, dass eine Marktwirtschaft nur dann zu sozial oder ökologisch verträglichen Ergebnissen führen kann, wenn der Staat sie entsprechend reguliert, beruht auf dem **elementaren Missverständnis**, dass **ökonomische Effizienz** und **soziale Gerechtigkeit** grundsätzlich **Gegensätze** sind. Erst der durch marktwirtschaftlichen **Wettbewerb** und **unternehmerisches Gewinnstreben** geschaffene Innovationsprozess und Wohlstand ermöglichen sozialstaatlichen Ausgleich und dauerhafte **gesellschaftliche Solidarität**.
- Nur eine klar definierte Rahmenordnung, die auf eindeutigen Spielregeln basiert, kann sicherstellen, dass kein Widerspruch zwischen dem **Steuerungsanspruch** des Staates und seinen tatsächlichen **Steuerungsmöglichkeiten** entsteht. So wird verhindert, dass der Staat in Bereiche hineinregiert, die er nicht überblicken kann oder unrealistische Erwartungen an sein **Gestaltungsvermögen** geschürt werden – beides häufige Ursachen für Frust, Verunsicherung oder Politikverdrossenheit.
- Die Aufgabe besteht darin, unseren **institutionellen Ordnungsrahmen** so zu gestalten, dass er allen Menschen nützt und sich nicht dazu verleiten zu lassen, **lautstarken oder einflussreichen Minderheiten auf Kosten der Mehrheit Vorteile zu verschaffen**. Klug geregelte **Märkte** können durch die Kanalisierung **nicht-intendierter Folgen eigennützigen Handelns** das leisten, woran moralische Appelle oft scheitern: Eine **effiziente Lösung komplexer gesellschaftlicher Herausforderungen**.

Hintergrund

Kaum eine wirtschaftspolitische Rede kommt in Deutschland ohne eine Bezugnahme auf die **Soziale Marktwirtschaft** aus. Oft ist aber wohl eher von floskelhaften Sonntagsreden auszugehen, die sich quer durch das politische Spektrum ziehen. Damit der Begriff nicht zur **inhaltsleeren Plattitüde** verkommt, sollte die Frage gestellt werden, welche Aspekte der ursprünglichen Idee heute noch Beachtung finden, und welche **Lösungen** die Soziale Marktwirtschaft für die Probleme der Gegenwart zu bieten hat.

Eine dieser Reden hielt Alt-Bundespräsident Horst Köhler Anfang 2020. Dabei merkte er an: „Wir müssen unser bewährtes Modell der sozialen Marktwirtschaft umbauen zu einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft – und dabei beides, Ökologisch wie Sozial, groß schreiben“. Auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz spricht von einer „**sozial-ökologischen Marktwirtschaft**“ als Leitbild. Damit wird der Eindruck erweckt, die Marktwirtschaft genüge erst durch den **Zusatz „sozial“ moralischen Standards** oder schade nur dann der Umwelt nicht, wenn sie explizit als „ökologisch“ etikettiert wird. Das vermittelt im Umkehrschluss die Botschaft, die Marktwirtschaft als solche sei unmoralisch oder umweltschädlich, sodass ständig **korrigierende politische Eingriffe** nicht nur gerechtfertigt, sondern auch notwendig seien, um die (jeweils) gewünschten gesellschaftlichen Ziele zu erreichen.

So läuft die Soziale Marktwirtschaft Gefahr, **zum Spielball beliebiger politischer und wirtschaftlicher Vorstellung** zu werden, deren Konzeption man einfach nur entsprechend modifizieren muss. Ob eine Veränderung individueller Präferenzen zu Gunsten des Klimaschutzes, wie Horst Köhler sie impliziert, Heilversprechen wie ein bedingungsloses Grundeinkommen oder die Gemeinwohlökonomie – die Soziale Marktwirtschaft erscheint als Universalschablone, mit der sich willkürliche politische Forderungen begründen lassen. Wenn dem allerdings so wäre, wäre der Begriff kaum mehr als eine **leere Worthülse**.

Soziale Marktwirtschaft und Verantwortung

Die Auffassung, eine Marktwirtschaft könne erst dann zu sozial oder ökologisch verträglichen Ergebnissen führen, wenn sie explizit so benannt werde, beruht auf dem **elementaren Missverständnis**, dass **ökonomische Effizienz** und **soziale Gerechtigkeit** grundsätzlich **Gegensätze** seien. Bestünde ein solcher Trade-off, ergäben sich zwangsläufig Opportunitätskosten bei der Stärkung eines Kriteriums auf Kosten des anderen. Diese Nullsummenannahme **verkennt** allerdings die **Dynamik marktwirtschaftlicher Prozesse**. Wettbewerb und Solidarität schließen sich nicht gegenseitig aus. Im Gegenteil: Erst der **Wettbewerb** und **unternehmerisches Gewinnstreben** machen nachhaltige **gesellschaftliche Solidarität möglich**. Erst der durch den marktwirtschaftlichen Wettbewerb geschaffene Innovationsprozess und Wohlstand erlauben den sozialstaatlichen Ausgleich, der wiederum wettbewerbsfördernd wirken kann:

- Wenn **soziale Gerechtigkeit** als **Ermöglichung von Teilhabe** verstanden wird und der Staat durch Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie soziale Absicherung die Menschen in die Lage versetzt, bestimmte **Lebensrisiken für produktive Vorhaben** einzugehen, profitiert die Gesellschaft als Ganzes davon. Dies gelingt vor allem durch den **sozialstaatlichen Versicherungsschutz**. Abgesichert durch sozialstaatliche Transfersysteme fällt es den Menschen leichter, sich auf Veränderungen wie Existenzgründung, Job- oder Wohnortwechsel einzulassen.
- Auch die **Bereitschaft**, Geld in rentable, aber möglicherweise risikoreichere Anlagen zu **investieren**, steigt. Auf diese Weise fördert der Sozialstaat die Akzeptanz des wirtschaftlichen Risikos und Strukturwandels in der Bevölkerung und erhöht damit das **Wachstumspotenzial** der Volkswirtschaft.

Investitionen in Humankapital und die Absicherung sozialer Risiken durch einen institutionellen Rahmen müssen also keine Trade-offs darstellen. Wettbewerb schafft überhaupt erst die **Voraussetzung für sozialstaatliche Umverteilung**, so dass **Solidarität** in modernen Gesellschaften **nicht durch individuelles Handeln**, sondern durch **soziale Absicherung** entsteht. Der Markt ermöglicht sozusagen „Solidarität unter Fremden“¹.

Die Aufgabe des Staates sollte die Gestaltung und Durchsetzung der **Rahmenordnung** für das wirtschaftliche Geschehen sein:

- Dies jedoch nicht im Sinne eines Steuerungsprimats, sondern so, dass sich der Wirtschaftsprozess – innerhalb der **festgelegten Spielregeln** – möglichst effizient und frei

¹ Pies, I. (2015), Solidarität unter Fremden - Zur moralischen Leistungsfähigkeit des Marktes, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Diskussionspapier, No. 2015-5.

entfalten kann. Auf der einen Seite bedeutet dies, dass es nicht darum geht, die **Spielzüge** einzelner Akteure durch moralische Appelle zu verändern, sondern die **Spielregeln** durch verbindliche und sanktionsbewehrte institutionelle Arrangements so zu etablieren, dass eine **kollektive Selbstbindung** entsteht. Der Staat ist nicht in der Lage, die **Motive** einzelner Menschen so zu beeinflussen, dass diese sich aus intrinsischer Motivation heraus „gut“ verhalten wollen.

- Nur eine eindeutige Rahmenordnung, die auf eindeutigen Spielregeln basiert, kann sicherstellen, dass kein Widerspruch zwischen staatlichem **Steuerungsanspruch** und seinen tatsächlichen **Steuerungsmöglichkeiten** entsteht. So wird verhindert, dass der Staat in Bereiche reinregiert, die er nicht überblicken kann oder dass unrealistische Erwartungen an sein **Gestaltungsvermögen** geschürt werden – beides häufige Ursachen für Frust, Verunsicherung oder Politikverdrossenheit.
- Auf der anderen Seite verhindert die Festlegung klarer und für alle geltende **Spielregeln**, dass einzelnen Individuen eine Verantwortung zugeschrieben wird, der sie aufgrund **der Interdependenzen moderner Gesellschaften** gar nicht gerecht werden können. Oft werden die gegenwärtigen Probleme – wie wirtschaftliche Unsicherheit, Ungleichheit, Armutsmigration oder Umweltzerstörung – in weiten Teilen der Welt auf einen Verfall von Moral und Tugenden zugunsten von Profitgier, Materialismus und Egoismus zurückgeführt, für die das marktwirtschaftliche System oder die in dessen vermeintlicher Logik agierenden wirtschaftlichen Akteure verantwortlich gemacht werden, statt **ordnungspolitischer Regeldefizite**.

Die Bedeutung des Wettbewerbs

Das wichtigste Merkmal der Marktwirtschaft ist der **Wettbewerb**, der durch Innovation in weiten Teilen der Welt Wohlstand geschaffen hat und weiterhin schafft. Wettbewerb sorgt auf funktionierenden Märkten für **Kreativität** und **Disziplin**. Innovationen werden mit hohen Gewinnen belohnt und motivieren die Konkurrenz zum Handeln. Ein solcher Wettbewerb bringt gewisse „Sachzwänge“ mit sich (Homann/Pies 1994)², die die marktwirtschaftlichen Akteure aufgrund ihrer Gewinnorientierung zu eigennützigem Handeln zwingt, was Teil der **Funktionslogik** des **Marktes** ist. Als Ordnungsprinzip ist Wettbewerb moralisch „neutral“ oder „moralfrei“ (Sen/Williams 1982)³, weil er nicht zwischen „nicht mithalten können“ und „nicht mithalten wollen“ bzw. zwischen mangelnder Leistung und moralischer Zurückhaltung unterscheiden kann. Daraus ergibt sich ein Dilemma: Selbst dann, wenn sich die Akteure so verhalten wollen würden, wie es in moralischen Appellen oft gefordert wird, können sie es aufgrund der **Sachzwänge** des Wettbewerbs nicht.

Es gibt zwei Möglichkeiten, dieses **Dilemma** zu lösen:

1. Man akzeptiert diesen **Widerspruch** und plädiert für ein Wirtschaftssystem mit **zentraler Planung** und schafft damit den Wettbewerb de facto ab oder man versucht, einen Weg zu finden, wie sich moralische Ideale in der und durch die Marktwirtschaft entfalten können. Ersteres erscheint unter den empirischen Realisierungsbedingungen in einer **Welt knapper Ressourcen** nicht zielführend. Anders ausgedrückt: Wenn die

² Homann, K., Pies, I. (1994), Wirtschaftsethik in der Moderne: Zur ökonomischen Theorie der Moral, Ethik und Sozialwissenschaften, 5(1): 3-13.

³ Sen, A., Williams, B. (1982), Utilitarianism and beyond, Cambridge University Press, Cambridge.

Menschheit acht Milliarden Menschen und mehr ernähren möchte, wird sie um die **Effizienz des Marktmechanismus** nicht herumkommen, der als Existenzsicherung – gerade für die ärmeren Teile der Welt – notwendig ist. Der Verzicht auf die **Koordinationsleistung** des Marktes hat in der Geschichte noch nirgends auf der Welt die Emanzipation der breiten Bevölkerungsschichten gebracht, in deren vermeintlichen Interesse solche sozialistischen Experimente bereits inszeniert wurden.

2. Der marktwirtschaftliche Weg besteht darin, die **Wettbewerbsbedingungen** so zu gestalten, dass im Markt **Anreize** für moralisches Handeln geschaffen werden. In der Konsequenz wären Missstände in der Welt nicht auf die „schlechten“ Motive einzelner Akteure zurückzuführen, sondern auf ordnungspolitische Regelungsdefizite. Aus individuellen Schuldzuweisungen und moralischen Appellen entstehen nur selten praktikable Lösungsansätze, da diese nach Nietzsche⁴ nicht dazu dienen, die Welt zu verbessern, sondern sie in Gut und Böse einzuteilen. Es sollte also darum gehen, **(inter)nationale Rahmenbedingungen** so zu gestalten, dass durch Anreizmechanismen individuelles Verhalten so verändert wird, dass es zum gesellschaftlich erwünschten Zustand beiträgt.

Doch wie funktioniert das? Ökonomen verstehen die **Summe individueller Entscheidungen als kollektives Verhalten**. Der handelnde Mensch wird nicht als Erkenntnisobjekt analysiert, sondern menschliches Verhalten als Erkenntnisinstrument verwendet. Ökonomen stellen somit keine Behauptungen über Individuen im Allgemeinen auf, sondern lediglich über ihr wahrscheinliches Verhalten in bestimmten Situationen. Wenn der **Handlungsspielraum** durch Anreizsetzung verändert wird, können **Verhaltensänderungen systematisch** untersucht und prognostiziert werden. Das hat den Vorteil, dass man nichts über die zugrundeliegende individuelle Motivation oder darüber, was ein Individuum für subjektiv wertvoll oder richtig hält, wissen muss, um dennoch Aussagen über sein Verhalten treffen zu können.

Das gilt auch auf globaler Ebene in einer international vernetzten Welt, in der es zunehmend um die Lösung von **Koordinationsproblemen** geht: Klima, Welthandel, Finanzordnung. Im Zentrum steht dabei eine Frage, mit der sich bereits der Philosoph Thomas Hobbes beschäftigt hat: Wie müssen **Institutionen und Vereinbarungen ausgestaltet** sein, wenn das Ergebnis strategischer Interaktionen rationaler Individuen nicht automatisch zu dem gewünschten gesellschaftlichen Zustand führt?

Die wirtschaftspolitische Praxis der Sozialen Marktwirtschaft

Im marktwirtschaftlichen Verständnis wird in der **wirtschaftspolitischen Praxis** nicht davon ausgegangen, dass der einzelne Bürger oder das einzelne Unternehmen sich aus einer intrinsischen moralischen Motivation heraus verantwortungsbewusst verhält. Stattdessen sollte der Staat den **Ordnungsrahmen** so setzen, dass **unerwünschtes Verhalten sanktioniert** wird. Dabei geht es nicht um die Rechtfertigung einer Interventionsspirale, sondern um die effiziente Umsetzung politischer Vorhaben, die im demokratischen Prozess erarbeitet wurden. Diese sollten **mit und nicht gegen den Marktmechanismus** und dem **Subsidiaritätsprinzip** folgend umgesetzt werden. Letzteres bedeutet, dass höhere staatliche Institutionen nur dann regulativ eingreifen sollten, wenn die direkt darunter liegende Hierarchieebene das Problem nicht lösen kann.

⁴ Nietzsche, F. (1887), Zur Genealogie der Moral. Eine Streitschrift, Verlag von Naumann, Leipzig.

- So sollten beispielsweise mit Blick auf die **Dekarbonisierung** SUV-Fahrer, Vielflieger oder energieintensiv produzierende Unternehmen nicht an den Pranger gestellt werden, sondern der **Ordnungsrahmen sollte ihre Handlungsmöglichkeiten** so ausgestalten, dass ihr Verhalten in der Summe keine gesellschaftlich unerwünschten Folgen hat. Dies kann beispielsweise durch eine **internationale Bepreisung von CO₂-Emissionen** in Form von Lenkungssteuern oder durch einen Zertifikatehandel erreicht werden, der die externen Effekte internalisiert. Moralische Appelle und mit erhobenem Zeigefinger gehaltene Sonntagsreden leisten hingegen keinen nennenswerten Beitrag zur Dekarbonisierung. Gerade weil der Klimawandel eine **kollektive Herausforderung** ist, die Verhaltensänderungen aller relevanten Akteure erfordert, muss die Lösung eine koordinierte sein. Die Alternative wäre eine **planwirtschaftliche Detailregelung** für praktisch jedes Individuum und jeden Sachverhalt in einer Gesellschaft. Dies wäre nicht nur ineffizient und teuer, da der Marktmechanismus als Informationssignal ausgeschaltet würde und man somit nicht wüsste, wo am billigsten CO₂ eingespart werden könnte. Ein solches Vorgehen würde zudem die **Kompetenzen und Kapazitäten staatlicher Steuerung vollkommen übersteigen**.
- Ein aktuelles Beispiel für staatliche Fehlregulierung ist die Diskussion um die **Kindergrundsicherung**. Während die grundsätzliche Motivation – die Bekämpfung von Kinderarmut – vollkommen nachvollziehbar ist und auch die Bündelung von Unterstützungsleistungen grundsätzlich sinnvoll sein kann, stellt sich gleichzeitig die Frage, ob eine **Erhöhung des Leistungsniveaus zielführend ist**. In einer Welt **begrenzter Budgets** hat der Staat die Aufgabe, seine steuerfinanzierten Leistungen so **effektiv** wie möglich einzusetzen. Dies gilt insbesondere angesichts der zukünftigen Herausforderungen auf der Einnahmenseite (geringeres Wirtschaftswachstum bzw. langsamer wachsende Steuereinnahmen als in der Vergangenheit) sowie auf der Ausgabenseite (demografischer Wandel, Investitionen in CO₂-Neutralität sowie Verteidigung). Vor diesem Hintergrund ist eine kritische Prüfung **alternativer Mittelverwendungen zur Erreichung desselben Ziels erforderlich**. So zeigen verschiedene Studien, dass Investitionen in die schulische und vorschulische Bildung im Hinblick auf die intergenerationale **Aufwärtsmobilität** deutlich **effektiver** sind als Transferzahlungen. Zudem könnten höhere Transferzahlungen das Arbeitsangebot und damit das Potenzialwachstum sowie zukünftige Steuereinnahmen verringern. Dies wäre insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels problematisch. Würden die finanziellen Mittel hingegen in **effektive Bildungsinvestitionen** fließen, ergäbe sich ein zweifacher Vorteil: Nicht nur wäre dem Ziel der Aufwärtsmobilität mehr gedient. Auch wäre der **fiskalische Spielraum** zur Erreichung dieses Ziels deutlich größer, wenn den Menschen nicht durch Alimentierung, sondern durch **Befähigungsstrategien** eine sinnvolle gesellschaftliche Perspektive durch **Arbeitsmarktpartizipation** eröffnet würde.
- Eine solche marktwirtschaftliche Win-Win Lösung wäre beispielsweise auch die **Abschaffung der Buchpreisbindung**. Während Verteidiger der Buchpreisbindung häufig emotional argumentieren und bei einer möglichen Abschaffung einen Verlust an Qualität und Vielfalt prognostizieren, stellt die Monopolkommission⁵ die Buchpreisbindung als solche in Frage. Ein derart **gravierender Markteingriff** – eine Unterbindung des Preiswettbewerbs auf der Endhandelsstufe – sei eigentlich nur dann zu

⁵ <https://www.monopolkommission.de/de/pressemitteilungen/206-buchpreisbindung.html>.

rechtfertigen, wenn nachgewiesen werden könne, dass dieser tatsächlich zum Schutz des Kulturguts Buch beiträgt. Ein wesentlicher **Vorteil der Abschaffung der Buchpreisbindung** bestünde laut der Monopolkommission in einem verstärkten **Wettbewerb** zwischen Händlern und Verlegern, der zu **niedrigeren Preisen** führen würde. Dies hätte einen doppelt positiven Effekt: Die Konsumenten würden von den niedrigeren Preisen profitieren, wodurch die **Nachfrage nach Büchern steigen** würde, was wiederum die Einnahmeverluste der Anbieter teilweise kompensieren könnte – dem politischen Ziel, **mehr Menschen zum Lesen zu bewegen**, dürfte dadurch ebenfalls gedient werden. Durch die Intensivierung des Wettbewerbs würde es zudem für den Handel immer schwieriger, sich dem **Strukturwandel** weiter zu entziehen, der dafür sorgen würde, dass **Kostenvorteile** über niedrige Endkundenpreise an die Verbraucher weitergegeben werden. Der daraus resultierende **Innovationszwang** und die Beseitigung von **Markteintrittsbarrieren** kommen nicht nur den Verbrauchern, sondern langfristig der Branche als solcher zugute.

Heutzutage werden die **Errungenschaften der Sozialen Marktwirtschaft** jedoch in der öffentlichen Debatte unter den Tisch gekehrt, ganz nach dem Motto: Wenn etwas **schief läuft, ist die Marktwirtschaft schuld** (wie zum Beispiel bei der Finanzkrise, obwohl gerade die schlechte staatliche Regulierung wesentlich dazu beigetragen hat) – **wenn etwas gut läuft** (wie der Rückgang der Emissionen aller Treibhausgase um 38 Prozent seit 1990), **dann wird dies der Politik angerechnet**, obwohl erst die Innovationskraft der Marktwirtschaft die Voraussetzungen dafür geschaffen hat.

Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht neoliberal!

Wird bei der Lösung gesellschaftlicher Probleme der Marktmechanismus als Lösungsinstrument vorgeschlagen, wird häufig reflexartig das vermeintliche Schreckgespenst des kalten „Neoliberalismus“ heraufbeschworen:

- Dabei hat der korporatistische linksrheinische Kapitalismus, auf dem die **Soziale Marktwirtschaft** in Deutschland basiert, jedoch nur **sehr wenig mit wirtschaftlicher Laissez-faire Politik** und reiner Wettbewerbsorientierung zu tun. Mit dem **negativ konnotierten** Begriff des Neoliberalismus wird vielmehr ein global entfesselter Kapitalismus assoziiert, der weder Solidarität noch Mitgefühl kennt (Dold/Krieger 2017)⁶ und dessen ökonomische Wurzeln in der libertären Chicago School und der Österreichischen Schule der Nationalökonomie liegen. Zwar wurde der Begriff ursprünglich von **Alexander Rüstow** 1932 auf einer Tagung des Vereins für Socialpolitik geprägt, allerdings plädierte er in diesem Rahmen für einen Liberalismus mit starkem Staat und festem Rechtsrahmen, was dem heutigen **Ordoliberalismus** entspricht.
- Der Begriff des **Neoliberalismus** ist inzwischen so ideologisch aufgeladen, dass er für den gesellschaftlichen und **wirtschaftspolitischen Diskurs** in Deutschland keinen **praktischen Nutzen** mehr hat. Letztlich hat er aber auch schon in der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit keine Rolle gespielt. In der Sozialen Marktwirtschaft deutscher Prägung geht es – im Gegensatz zum Neoliberalismus – darum, dass **sich Staat und Markt als Komplemente ergänzen** und eben nicht darum, staatliche Aktivitäten

⁶ Dold, M., Krieger, T. (2017), Ordoliberalism is not Responsible for Jihadist Terrorism in Europe — A Reply to Van der Walt (2016), *New Perspectives*, 25(2): 105-115.

faktisch nur auf die Durchsetzung von Eigentumsrechten zu minimieren. Die Aufgabe des Staates besteht darin, durch die Ausgestaltung der **Wettbewerbsordnung**, den Marktmechanismus zu stärken und nicht zu schwächen. Dabei dient die aus dem Wettbewerb resultierende Konkurrenz dazu, die gesellschaftliche Kooperation zu fördern. Klug geregelte **Märkte** können durch die Kanalisierung **nicht-intendierter Folgen eigennützigen Handelns** etwas leisten, woran moralische Appelle oft scheitern: Eine **effiziente Lösung komplexer gesellschaftlicher Herausforderungen** (Pies 2023)⁷. So verhalten sich bei einer wirksamen CO₂-Bepreisung alle Menschen so, als würden sie für das gemeinsame Ziel brennen, auch wenn das gar nicht der Fall ist. **Individuelle Intentionen sind irrelevant**, da auch der Egomane sein auf rein eigennützigem Motiven basiertes Verhalten durch die höheren Preise entsprechend anpasst.

Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

Die Kunst der Ordnungspolitik besteht darin, in konkreten Problemsituationen Regeln zu finden, die **nicht nur Partikularinteressen** dienen, sondern der **Allgemeinheit**. Auf diese Herausforderung hat Mancur Olson bereits 1965 in seinem Werk „Die Logik des kollektiven Handelns“ ausdrücklich hingewiesen. Und wie es auch Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ impliziert, ist es Aufgabe der Politik, den Ordnungsrahmen so zu gestalten, dass möglichst viele Menschen profitieren:

- Dies kann nur durch eine **Stärkung des Wettbewerbs** gelingen, den Franz Böhm als das „genialste Entmachtungsinstrument der Geschichte“⁸ bezeichnet hat. Dafür bedarf es einer Wettbewerbspolitik, die **Kartelle verhindert** und für **faire Marktzugangsregelungen** sorgt. Die staatliche Rettung von Galeria, die **industriepolitischen Vorstellungen** in Bezug auf den Umgang mit Stahl- und IT-Konzernen großer Teile der Bundesregierung, **Subventionen für kriselnde Industriezweige**, eine **protektionistische Handelspolitik**, aber auch ein **laxer regulatorischer Umgang** mit natürlichen **Monopolen** erreichen genau **das Gegenteil**. Um es mit den Worten Erhards auszudrücken: „Maßstab und Richter über Gut und Böse der Wirtschaftspolitik sind nicht Dogmen oder Gruppenstandpunkte, sondern ist ausschließlich der Mensch, der Verbraucher, das Volk“.
- Es ist also gar **nicht notwendig**, der Sozialen Marktwirtschaft neue Attribute wie beispielsweise „ökologisch“ anzuheften, die suggerieren, dass Soziale Marktwirtschaft nur mit spezifischen Zusätzen bestimmte gesellschaftliche Ziele erreichen kann. Wie gezeigt wurde, führen die dadurch **künstlich herbeigeführten Dualismen** – Markt vs. Soziales oder Markt vs. Ökologie – in die Irre, da sich (die meisten) gesellschaftlichen Ziele eben **nur mit und nicht gegen den Marktmechanismus** realisieren lassen. Stattdessen wird immer wieder der Eindruck erweckt, **die Politik müsse Teilbereiche der Gesellschaft von „ökonomischen Zwängen befreien“**, wenn bestimmte Ziele erreicht werden sollen, wie es der Bundesgesundheitsminister jüngst formuliert hat⁹. Mit

⁷ Pies, I. (2023), Ethik des Kapitalismus, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Diskussionspapier Nr. 2023-06.

⁸ Böhm, F. (1933), Wettbewerb und Monopolkampf: eine Untersuchung zur Frage des wirtschaftlichen Kampfrechts und zur Frage der rechtlichen Struktur der geltenden Wirtschaftsordnung, Carl Heymann.

⁹ <https://www.tagesspiegel.de/gesundheit/die-okonomie-darf-nicht-die-medizin-dominieren-lauterbach-fordert-ende-von-finanz-druck-in-der-medizin-9832685.html>.

dieser Begründung wird dann so lange **an der Marktwirtschaft herumgedoktert**, bis von ihr nichts mehr übrig ist. Dabei wäre auch bezüglich Lauterbachs Plänen genau das Gegenteil richtig: **Mehr Wettbewerb** im Gesundheitswesen würde dazu führen, dass das System in Zukunft **mehr für die Menschen** leisten kann als bisher.¹⁰

Die zukünftige Aufgabe besteht also darin, unseren **institutionellen Ordnungsrahmen** so zu gestalten, dass er allen Menschen nützt und sich nicht dazu verleiten zu lassen, **lautstarken oder einflussreichen Minderheiten auf Kosten der Mehrheit Vorteile zu verschaffen**. Oder wie Erhard es mit der Überschrift seines sechsten Kapitels in „Wohlstand für alle“ programmatisch auf den Punkt gebracht hat: „Wirtschaftsminister, nicht Interessenvertreter“. Dies kann dadurch erreicht werden, dass **Soziale Marktwirtschaft auch als Aufklärungskonzept** verstanden wird, anhand dessen aufgezeigt wird, wie durch institutionelle Arrangements kollektive Bindungen hergestellt werden können, die unerwünschtes Verhalten in Dilemmasituationen verhindern und zu Win-Win-Situationen führen können.

¹⁰ Raffelhüschen, B., Schultis, S., Seuffert, S., Stramka, S., Wimmesberger, W. (2023), Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz Update 2023 Reformansätze für mehr Generationengerechtigkeit in der Kranken- und Pflegeversicherung, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 171, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin.

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN 2197-3059